

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) und Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg)

betreffend Standesinitiative: Separate Prämienregion für Asylsuchende

Antrag:

Gestützt auf Art. 160 der Bundesverfassung reicht der Kanton Zürich folgende Standesinitiative ein:

Der Bund hat dafür zu sorgen, dass das Krankenversicherungsgesetz (KVG), die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und die Verordnung des EDI über die Prämienregionen (SR 832.106) dahingehend überarbeitet werden, dass Asylsuchende nicht mehr den verschiedenen Prämienregionen zugerechnet werden und für Asylsuchende eine separate Prämienregion geschaffen wird.

Begründung:

Die Standesinitiative fordert eine separate Prämienregion für Asylbewerber in der OKP, um die finanzielle Belastung der Schweizer Bevölkerung bei den Krankenkassenprämien zu reduzieren und die Transparenz im Gesundheitswesen zu erhöhen. Die aktuelle Regelung führt dazu, dass die Kosten für medizinische Leistungen an Asylbewerber indirekt von den obligatorisch versicherten Schweizerinnen und Schweizern mitgetragen werden. Aus verschiedenen Gründen ist ein Systemwechsel angezeigt:

1. Kostenwahrheit und Fairness

Die Gesundheitskosten im Asylwesen steigen seit Jahren massiv an. Diese Kosten belasten nicht nur den Staatshaushalt, sondern auch die Prämien der Versicherten. Eine separate Prämienregion würde Kostenwahrheit schaffen und verhindern, dass die Prämien der Schweizer Bevölkerung durch die Gesundheitskosten von Asylbewerbern künstlich erhöht werden.

2. Vermeidung von Fehlanreizen

Die Schweiz darf nicht durch ihre Sozial- und Gesundheitsleistungen zum Magnet für Wirtschafts- und Sozialmigranten werden. Wenn Asylbewerber Zugang zu umfassender medizinischer Versorgung erhalten – inklusive Zahnmedizin, Psychiatrie und Gratisanwälten – ohne dass dies separat ausgewiesen wird, entsteht ein Sogeffekt, der die Attraktivität der Schweiz als Zielland erhöht. Der Bund, welcher für diesen Sogeffekt verantwortlich ist, soll auch die dadurch verursachten Gesundheitskosten tragen, statt die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler.

3. Schutz der Sozialkassen

Die SVP warnt vor einer Plünderung der Reserven der Krankenkassen durch eine verfehlte Asylpolitik. Die Einführung einer separaten Prämienregion und voll kostendeckenden Prämienregion für Asylsuchende würde es ermöglichen, die Kosten für medizinische Leistungen an Asylbewerber gezielt zu erfassen und zu steuern, statt sie pauschal auf die Allgemeinheit zu verteilen.

4. Transparenz und Kontrolle

Transparenz im Asylwesen ist enorm wichtig, insbesondere bei den Gesundheitskosten. Eine separate Prämienregion würde es den Behörden ermöglichen, die Ausgaben besser zu kontrollieren und gezielte Massnahmen zur Kostensenkung in der entsprechenden Gruppe zu ergreifen.

5. Gerechtigkeit gegenüber der Schweizer Bevölkerung

Es ist nicht gerecht, dass Schweizerinnen und Schweizer, die oft selbst unter steigenden Krankenkassenprämien leiden, zusätzlich die Gesundheitskosten für Personen tragen müssen, deren Aufenthaltsstatus oft ungeklärt oder vorläufig ist. Die Standesinitiative will sicherstellen, dass die Interessen der eigenen Bevölkerung im Zentrum stehen und nicht durch eine undurchsichtige Kostenverteilung untergraben werden

Stefan Schmid
Tobias Weidmann
Domenik Ledergerber